

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Januar 1962

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite:	1
1) Die Vergangenheit wirft ihren Schatten		1
2) Ein Sowjetrusse über die Landwirtschaftspolitik Polens		6
3) Parteikonferenzen sind keine Festveranstaltungen		7
4) Partei in Zahlen		8
5) Die Rolle der Wochenzeitschriften		9
II. <u>Wirtschaft</u>		11
1) Wirtschaftsplanung für die nächsten 20 Jahre		11
2) Erfolge der Landwirtschaft		13
3) Wohnungsbau in Warschau		15
4) Rekordproduktion von Zucker		15
5) Dezentralisierung im Staatshaushalt		15
III. <u>Verschiedenes</u>		
1) Ein Löffel Teer...		17
2) Polen auf den Reisen		17

- - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

I. Politische Ereignisse

1) Die Vergangenheit wirft ihre Schatten

Zum 20. Jahrestag der Wiedergründung der Kommunistischen Partei Polens erreicht uns aus polnischen Kreisen folgender Kommentar:

Die Kommunistische Partei Polens wurde 1918 gegründet. Gerade als sie den XX. Jahrestag ihrer Gründung hätte begehen können, wurde sie auf STALINS Befehl durch einen Beschluß der Kommunistischen Internationale in Moskau aufgelöst und liquidiert. Begründet wurde dieser Beschluß damit, daß sich in der Leitung der KPP die Spitzel der PILSUDSKI-Diktatur versteckt und auf diese Weise die Partei zu einer Agentur der Imperialisten gemacht hätten.

Auf diese Weise wurde die organisatorische Kontinuität der kommunistischen Bewegung in Polen unterbrochen. Dies geschah in einem schicksalsschweren Augenblick kurz vor dem II. Weltkriege. Erst nach dem Überfall Hitlers erlaubte Moskau den polnischen Kommunisten, eine neue Organisation zu gründen. Im Januar 1942 entstand in dem von den Nazis besetzten Polen die Polnische Arbeiterpartei (PPR). Sie war von Anfang an zur Illegalität verurteilt, was für polnische Kommunisten nichts Neues war, da die Partei auch in Polen zwischen den beiden Weltkriegen im Untergrund arbeiten mußte.

Nach dem Sieg der Roten Armee wurde Polen ein kommunistisch regiertes Land. Die PPR erhob sich zur regierenden Partei. Unter ihrem ursprünglichen Namen PPR existierte sie übrigens nur knapp 7 Jahre. Ende 1948 "vereinigte" sie sich mit der Polnischen Sozialistischen Partei zur "Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei" (PZPR).

Die von STALIN befohlene Auflösung und spätere Reaktivierung der Partei bereicherte die Kommunisten in Polen um einen neuen Jahrestag: Im Januar 1962 feierten sie den 20. Gründungstag der wieder zum Leben gerufenen Partei (PPR).

Am 20. Januar sprach der Parteichef GOMULKA während einer Festveranstaltung, die den Höhepunkt der Feierlichkeiten bildete. Seine Rede war ein Versuch, die Politik der Kommunisten während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren zu rechtfertigen.

Diese Rede enthüllt, was GOMULKA mit den meisten Polen verbindet und was ihn von ihnen trennt. Das Regime GOMULKAs wird in der augenblicklichen Situation von den meisten Polen bejaht, weil sie es als kleineres Übel betrachten. Wenn GOMULKA vom "eigenen Weg Polens zum Sozialismus" spricht, denkt der

Durchschnittspole daran, daß er mehr Freiheiten genießt als die Menschen in den kommunistischen Nachbarländern, ihm ist dieser "polnische Weg" lieber als ein anderer. Die Erinnerungen an die schrecklichen Jahre des anderen, des stalinistischen Weges, bekräftigt ebenfalls die bejahende Haltung der meisten Polen gegenüber GOMULKA.

Wenn GOMULKA aber die Unterwerfung Polens durch die Sowjetunion, den Raub seiner Unabhängigkeit und das Aufzwingen von der großen Mehrheit der Nation unerwünschten Systems rechtfertigen will, dann scheiden sich die Geister. Was von GOMULKA als "Sieg der Logik der Geschichte" bezeichnet wird, ist für die meisten Polen ein nationales Unglück gewesen.

Die Sache wird noch schlimmer dadurch, daß GOMULKA bei seinem Rechtfertigungsversuch der Parteipolitik in nicht weit zurückliegender Vergangenheit einige Male stark von der historischen Wahrheit abweichen mußte. GOMULKA hat mit Zynikern vom Schlage eines GOEBBELS, die die Lüge zum Bestandteil ihrer Politik und Propaganda erhoben haben, wenig gemeinsames. Er zögert aber nicht, Unwahrheiten und Halbwahrheiten als volle Wahrheit auszugeben, wenn er glaubt, daß taktische Gründe ihn dazu zwingen.

In seiner letzten Rede geschah dies recht oft und manchmal in einer sehr drastischen Weise. Diejenigen, die ihm zuhörten, oder seine Rede später lasen, konnten jede Unwahrheit mit Leichtigkeit festnageln. GOMULKA sprach über Ereignisse, an die sich die Mehrzahl der Polen noch sehr gut erinnerte.

Wie hätte sich das zwischen Hitler-Deutschland und Stalin-Rußland liegende Polen vor dieser tödlichen Umklammerung retten sollen?

GOMULKA weiß das Rezept:

"Vor der deutschen Aggression hätte Polen nur ein Bündnis mit der Sowjetunion retten können, nur das hätte einen Sieg im Kriege gegen Deutschland bringen können."

Die damalige polnische Regierung befürchtete, daß eine militärische Bindung Polens an die Sowjetunion eine politische Bevormundung und spätere Sowjetisierung zur Folge haben würde. Das Schicksal der baltischen Länder hat diese Befürchtungen ausreichend bestätigt. Ein Bündnis mit Rußland, das kann man heute mit Sicherheit sagen, hätte Polen nicht vor Kriegszerstörungen und deutscher Besatzung schützen können.

Da Polen nicht in der Lage war, sich mit einem von den beiden großen Nachbarn zu verbinden, blieb ihm als einziger Ausweg ein Bündnis mit den westlichen Alliierten: Frankreich und England. GOMULKA verhöhnt diese Politik und unterstellt den Westmächten, sie hätten Polen gegen Hitler niemals helfen wollen.

Das schändliche Spiel Stalins, der in den letzten Monaten vor dem Kriege militärische Gespräche mit Frankreich und England führte, um dann völlig überraschend ein Abkommen mit Hitler zu unterzeichnen, wird von Gomulka ebenfalls gerechtfertigt:

"Als Hitler sich zum Überfall auf Polen vorbereitete, fürchtete er, wenn auch grundlos, daß die polnische Regierung bei der Sowjetunion Hilfe suchen könnte. Um sich dagegen zu sichern, wollte er einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffs-Pakt schliessen.

Entsprechende Vorschläge, vermischt mit Drohungen, machte die deutsche Regierung Anfang Juli. Die sowjetische Regierung hoffte damals noch auf das Zustandekommen eines Abkommens über die kollektive Sicherheit mit England und Frankreich und darauf, daß diese Staaten die polnische Regierung dazu bewegen werden, das polnische Territorium den sowjetischen Truppen zum Kampfe gegen Deutschland zugänglich zu machen. Die Moskauer Militärverhandlungen machten diese Hoffnung zunichte. In der entstandenen Lage sah sich die sowjetische Regierung gezwungen den (deutschen) Vorschlag anzunehmen."

Es ist heute allgemein bekannt, daß danach die Sowjetunion 20 Monate lang gegenüber Hitler als ein befreundetes Land auftrat und die deutschen Kriegsanstrengungen gegen die Westmächte wirtschaftlich und politische unterstützte. Während dessen organisierte das besetzte Polen seinen politischen und militärischen Untergrund. Die von der Londoner Regierung befehligte "Heimatarmee" (AK) entwickelte bald eine rege Tätigkeit in den Städten (Anschläge gegen die Besatzungsverwaltung, Gestapo) und auf dem Lande (Partisanenkämpfe). Dieser Kampf gegen die nazistischen Besatzer wurde bis zum Ende geführt.

Er wurde auch dann nicht unterbrochen, als offensichtlich wurde, daß nicht die Westmächte, sondern die Rote Armee Polen nach dem Siege über Hitler besetzen wird.

Die Polnischen Kommunisten blieben indessen in den ersten zwei Jahren des Krieges völlig untätig. Die Unterjochung Polens durch Hitler war für sie kein Grund, sich gegen die Besatzer aufzulehnen.

Sie taten es erst dann, als die Sowjetunion von Hitler überfallen wurde. Sie wurden dann auch von den Russen nach Kräften mit Material und Instruktoren unterstützt. In manchen Landstrichen entfalteten sie dann auch eine starke Partisanentätigkeit und traten unter dem Namen "Volksarmee" (AL) auf. Tatsache ist aber, daß die Ausmasse dieser Aktionen mit dem organisierten Kampf der Heimatarmee nicht zu vergleichen waren.

Wie sehen diese Tatsachen in der Schilderung GOMULKAs aus?

"Unter allen politischen Gruppierungen, die in Polen tätig waren, war die Polnische Arbeiter Partei (PPR) die erste Partei, die einen bewaffneten Kampf ihrer Partisanentruppen gegen die Besatzer aufnahmen. Während dessen standen die AK-Soldaten "Gewehr bei Fuß" und sahen untätig zu, bis sich die beiden Feinde Polens gegenseitig ausbluten."

Diese Behauptung GOMULKAs gehört zum beliebten Arsenal der kommunistischen Lügen, und jeder erwachsene Pole weiß, was er davon zu halten hat. Nach der Darstellung GOMULKAs haben also die der Londoner Exilregierung untergeordneten Organisationen eine abwartende Haltung gegenüber den Hitlerbesatzern eingenommen. Dagegen hätten sie sich vom ersten Augenblick an mit ganzer Energie zum Kampf gegen die polnischen Kommunisten und ihre Organisationen gewandt. Nur der besonnenen Haltung der Kommunisten haben es zu verdanken, daß es zu keinem Bürgerkrieg gekommen sei.

"Die PPR ließ sich nicht provozieren und nahm den Kampf gegen die eigenen Brüder nicht auf. Sie antwortete mit der Losung: Es wird keinen Bürgerkrieg in Polen geben, so lange der Krieg mit Deutschland dauert."

Die Hoffnung vieler Polen, die wahren Schuldigen an dem Katyner Mord könnten noch dem XXII. Parteikongress zur Verantwortung gezogen werden, wurde von GOMULKA zerschlagen. Bei der überwiegenden Mehrheit des polnischen Volkes gibt es heute keine Zweifel mehr, wo die Mörder zu suchen sind. GOMULKA erwähnte mit keinem Wort die Sowjets, er sprach nur von einer "Goebbels Provokation", die von der Londoner Regierung genährt wurde und zu einem Bruch zwischen Moskau und den Exil-Polen führte.

Die polnische Exil-Regierung verlangte damals lediglich die Entsendung einer aus Neutralen bestehenden Kommission des Internationalen Roten Kreuzes, was Stalin zum Vorwand diente, die Beziehungen zur Sikorski-Regierung demonstrativ abubrechen.

Es wäre besser gewesen, hätte GOMULKA den Katyner Mord überhaupt in seiner Rede nicht erwähnt. Er war aber zu einer Stellungnahme gezwungen, weil der in Polen viel gehörte westliche Sender "Freies Europa" seit Monaten auf die Klärung des Katyner Mordes drängt. In dieser Situation griff Gomulka nur die offizielle Version der Sowjets auf und rief unter den Polen eine Welle der Empörung und Verbitterung hervor.

Der Warschauer Aufstand vom Jahre 1944 wurde allgemein als "verbrecherischer Akt der Politik der Londoner Exilregierung" bezeichnet. Wer die Diskussionen über diesen Aufstand in der polnischen Exil-Presse (und das ist die einzige freie polnische Presse) verfolgt, wird leicht feststellen können, daß viele Polen ihn als einen verhängnisvollen Fehler bezeichnen.

Den polnischen Kommunisten mit Gomulka an der Spitze dürfte jedoch die Tatsache nicht unbekannt geblieben sein, daß der sogen. "Kosciuszko-Sender" (inoffizieller sowjetischer Sender, der in der zweiten Hälfte des letzten Weltkrieges Propagandasendungen in polnischer Sprache ausstrahlte) schon sei dem frühern Sommer 1944 die Warschauer zu einem offenen Aufstand gegen die Deutschen aufgerufen hatte und daß er für diesen Fall eine sofortige Unterstützung der Sowjets versprach. Stalin wußte damals genau Bescheid über die polnischen Aufstandspläne. Da dieser Aufstand auch gut in seinen Plan "zur Lösung der polnischen Frage" hineinpaßte, war seine einzige Sorge, die Polen könnten es sich doch noch anders überlegen. Die lautstarken Aufrufe der Kommunisten zu einem sofortigen Aufstand der Polen waren also eine Provokation, da Stalin nicht daran dachte, den Aufständischen zu helfen.

Gomulka verliert darüber kein Wort. Er spricht von der Londoner Exil-Regierung als von einem Bankrotteur, der alles auf eine Karte setzte: Das Leben der Hauptstadt und ihrer Einwohner. Bei einer anderen Gelegenheit sagte Gomulka einmal, daß "eine halbe Wahrheit einer ganzen Lüge" gleichzusetzen sei. Die geheuchelte Empörung der Kommunisten über die Schuld der Londoner Exil-Regierung an dem Warschauer Aufstand läßt viele Polen an diesen Ausspruch denken.

In den ersten Nachkriegsjahren zerschlugen die polnischen Kommunisten systematisch alle von ihnen unabhängigen politischen Gruppen, von denen man schwerlich behaupten kann, daß sie alle reaktionär gewesen seien. Die Sozialistische Partei Polens und die Bauernpartei MIKOLAJCZYKS wurden unter Verwendung aller erdenklichen Druckmittel mundtot gemacht. Von Organen der Staatssicherheit wurden damals viele unschuldige Menschen eingeschüchtert, verhaftet, gefoltert und manchmal sogar ermordet. Gomulka war damals Generalsekretär der kommunistischen Partei und trägt einen Teil der Verantwortung für das Geschehene. Man weiß, aber auch, daß er als einer der ersten die Fehler des Systems, die Verworfenheit der NKWD-Methoden eingesehen hat und seine Konsequenzen zog. Es wäre deswegen fehl am Platze, ihm die alten Fehler vorzuhalten. Und trotzdem mutet es merkwürdig an, wenn man folgenden Satz liest:

"Die Partei sorgte dafür, daß nur gegen die Schuldigen vorgegangen wurde. Die PPR verurteilte die Methoden des Rechtsbruches."

Das zwanzigste Jubiläum der PPR ließ manche Gespenster der Vergangenheit zum Vorschein kommen, die im Interesse des GOMULKA-Regimes besser in der Versenkung hätten bleiben sollen.

Aus allen Ländern des Ostblocks schickten die Leitungen der kommunistischen Parteien Glückwunschtelegramme zum 20. Jahrestag der PPR-Gründung. Veröffentlicht wurden von der Parteipresse nur die Telegramme aus Moskau und Peking. Es fällt auf, daß die sowjetische Grußbotschaft den Parteichef GOMULKA als "hervorragenden Staatsmann und Parteiführer" würdigt, während die Chinesen mit keinem Wort den Namen des Parteichefs erwähnen.

2) Ein Sowjetrusse über die Landwirtschaftspolitik Polens

Fast zwei Wochen verbrachte eine Delegation des sowjetischen ZK mit dem ZK-Sekretär und I. Sekretär des Moskauer Parteibezirks Pjotr DEMITSCHEW in Polen. Es handelte sich um einen Routinebesuch, der nicht sonderlich in der Öffentlichkeit hervorgehoben wurde. Aufsehen erregte lediglich ein Interview, das der sowjetische Delegationschef kurz vor der Abreise einem Vertreter der offiziellen polnischen "Arbeiter-Presseagentur" erteilte und das am 27. Januar in der Presse veröffentlicht wurde.

In diesem Interview äusserte sich DEMITSCHEW wie folgt über die polnische Landwirtschaftspolitik:

"Wir stellten fest, daß auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft die Politik eurer Partei gute Ergebnisse zu verzeichnen hat.

Man sieht es, daß eure Partei auf die Entwicklung der Landwirtschaft großen Wert legt. Vieles erzählte uns darüber Genosse Gomulka.

Über die Erfolge eurer Landwirtschaft freuen wir uns zusammen mit euch.

Wir wünschen euch, daß eure Landwirtschaft sich weiterhin in dem bisherigen Tempo entwickelt."

Mit keinem Wort unterstrich DEMITSCHEW die Notwendigkeit einer Kollektivierung der Landwirtschaft, die heute zu ca. 85 % von Einzelbauern betrieben wird. Zwar ist das Interview nicht mit einer offiziellen Stellungnahme der KPdSU gleichzusetzen, es spiegelt jedoch zweifellos die verständnisvolle Haltung CHRUSCHTSCHOWS gegenüber der Politik GOMULKAS auf dem Gebiete der Landwirtschaft wider.

3) Parteikonferenzen sind keine Festveranstaltungen

Seit Jahren führt GOMULKA einen Kampf um die Entbürokratisierung der Partei, um einen "neuen Stil" in der Parteiarbeit. Viel Erfolg ist diesem Kampf bisher nicht beschieden worden, die Parteileitung läßt aber auch in ihren Bemühungen nicht nach. Die Vorbereitungen zu den kommenden Parteiwahlen haben diese Bemühungen in den letzten Monaten noch intensiviert.

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" vom 2. Januar beschäftigt sich mit der Unsitte, die Parteikonferenzen in der Art von Festakten durchzuführen. Ironisch bemerkt das Blatt, daß die Parteileitungen offensichtlich glauben, je länger ihr Konferenzbericht sei, um so größer seien die Errungenschaften der abtretenden Parteileitung.

In der stalinistischen Zeit hat man merkwürdige Ansichten darüber gehabt, wie man die Partei und ihre Arbeit der Bevölkerung nahebringen soll. Man hatte dafür ein ganzes Zeremoniell ausgearbeitet, so wurden z.B. Parteikonferenzen von zahlreichen Delegationen besichtigt, die Grußansprachen hielten, Schulkinder brachten den Delegierten Blumen, Jungpioniere banden den Präsidiums -

mitgliedern Pionierhalstücher um, viele erhabene Worte wurden ausgesprochen, nur eine kritische Analyse der vergangenen Arbeit, offene Diskussionen über den weiteren Weg und freie Wahlen der neuen Leitungen gab es nicht. Zu der künstlich erzeugten feierlichen Stimmung, in der die Parteikonferenzen damals verliefen und auch heute noch teilweise verlaufen, paßten nur Lobesworte an die Adresse der Parteifexekutive. Worte der Kritik könnten solche Demonstrationen nur stören, und das wagten nicht einmal die Vertreter der übergeordneten Instanzen, die an solchen Konferenzen teilzunehmen pflegen.

GOMULKA wünscht nicht, daß Kritik durch Feierlichkeit ersetzt wird. Die alten Gewohnheiten sollen einem nüchternen Arbeitsstil Platzmachen, der einer Diskussion offener Probleme viele Möglichkeiten gibt.

4) Partei in Zahlen

Nach den neuesten Parteistatistiken zählte die PZPR am Jahresende 1961 1.310.000 Mitglieder, davon waren 210.000 Parteikandidaten. 197.000 neue Mitglieder wurden im vergangenen Jahre in die Partei aufgenommen, eine Rekordzahl, die nur vor 13 Jahren übertroffen wurde. Fast 30.000 "Unwürdige" wurden aus der Partei ausgestossen, 11.000 verstarben, so daß sich die Gesamtzahl der Mitglieder um 156.000, d.h. 13,5 % vergrößerte. Quantitativ ist das ein erheblicher Zuwachs.

Unter den Neuzugängen bilden die Arbeiter mit 47 % die stärkste Gruppe. Die soziale Struktur der Partei nähert sich damit langsam wieder dem Begriff einer Arbeiterpartei. Die zweitstärkste Gruppe bilden die Vertreter der geistigen Berufe (35 %), darunter vor allem Lehrer, Ingenieure und Volkswirtschaftler.

Die Zahl der Bauern unter den neuen Mitgliedern wird auf 30.000 beziffert. Verglichen mit dem Vorjahre (24.000) ist das ein kleiner Fortschritt. In Prozentzahlen macht das ungefähr 13 %, der Anteil der Bauern an der gesamten Bevölkerung in Polen beträgt aber mehr als die Hälfte. In dem entsprechenden Parteibericht wird die Tatsache hervorgehoben, daß die Mitgliederzahl auf dem Lande immer noch in keinem Verhältnis zu den gestellten Aufgaben steht.

Frauen bilden nur eine Minderheit unter den neu aufgenommenen Mitgliedern (ca. 20 Prozent), dagegen wächst der Anteil der jungen Menschen (unter 25 Jahren) unter den Kandidaten schnell.

5) Die Rolle der Wochenzeitschriften

Wer sich heute in Polen über viele Probleme orientieren will, darf sich nicht auf die Lektüre der Tagespresse beschränken. Das ganze Ausmaß der Differenzen zwischen einzelnen kommunistischen Parteien, insbesondere zwischen den Russen und Chinesen, konnte man auch nach der aufmerksamsten Lektüre der Tageszeitungen nicht ermitteln. Die Zeitschriften dagegen, insbesondere die wöchentlich erscheinende offiziöse "Polityka", informierte ausführlich über den Verlauf der ZK-Plenarsitzungen der einzelnen Parteien, die zur Berichterstattung über den XXII. Parteikongress einberufen wurden. Dort konnte der polnische Leser z.B. erfahren, daß die meisten asiatischen Parteien sich der sowjetischen Verdammung Albaniens nicht angeschlossen haben, aus dem Bericht über den Verlauf dieser Sitzungen wurde für ihn erst ersichtlich, welche Haltung die Chinesen in Moskau eingenommen haben. Nur aus den Wochenzeitungen konnte man näheres über "Polizentrismus" erfahren, den GOMULKA in einer seiner letzten Reden so entschieden abgelehnt hatte.

Eine noch viel wichtigere Aufgabe fiel den Wochenzeitschriften in den letzten Monaten zu durch die Veröffentlichung der Diskussion über die Grenzen der Forschungsfreiheit in der Wissenschaft. Mit einer wichtigen Ausnahme spielte sich diese Diskussion in den Spalten der drei wichtigsten Wochenzeitschriften ab. Das sind neben der erwähnten "Polityka" "Nowa Kultura" (früher Organ des Schriftstellerverbandes) und "Przegląd Kulturalny" (Kulturbelle Revue). Alle drei erscheinen in Warschau.

Die Auflagen dieser Zeitschriften sind relativ hoch (bis 50.000), können aber natürlich nicht mit denen der Tagespresse verglichen werden. Diese Tatsache erklärt aber besser als alles andere, warum man ihnen in den letzten Monaten mehr Pressefreiheit geben konnte als den Blättern, die von den Massen gelesen werden.

Die beiden erwähnten Diskussionen in den Wochenblättern sind inzwischen gedämpft wurden. Die Parteileitung war der Ansicht, daß man sich zu diesem Thema ausreichend geäußert hätte. Welche praktische Konsequenzen die Partei aus dieser Diskussion ziehen wird, ist zur Zeit schwer festzustellen. Man rechnet jedoch in Warschau fest damit, daß nun auch die Wissenschaft in Polen ihren "Oktober" bekommen wird, da sie offensichtlich im Oktober 1956 vergessen wurde.

Es ist damit zu rechnen, daß die Zeitschriften ihre besondere Rolle weiter behalten werden. GOMULKA fand, daß diese Methode einer auf gewisse Periodika begrenzten Pressefreiheit ihre Vorteile hat und machte sie zu einem Bestandteil seiner Pressepolitik.

II. Wirtschaft

1) Probleme der Wirtschaftsplanung für die nächsten zwanzig Jahre

Der stellvertretende Vorsitzende der Kommission für Wirtschaftsplanung, Kazimierz SECOMSKI, beschäftigte sich in einem längeren Artikel, der am 7. Januar in der Wochenzeitung "Nowa Kultura" erschien, mit einigen Problemen der wirtschaftlichen Planung für die nächsten 20 Jahre.

Eines dieser Probleme ist die stürmisch fortschreitende Urbanisierung Polens. Im Jahre 1945 umfaßte die Stadtbevölkerung erst 7,5 Millionen Personen, im Jahre 1960 gab es bereits 14,3 Millionen Stadtbewohner. Im Verlauf von 15 Jahren hat sich ihre Zahl also fast verdoppelt. Für das Jahr 1980 sagt man eine Stadtbevölkerung von ca. 22 Millionen voraus. Die Städte saugen nicht nur den ganzen Geburtenüberschuß auf, die Zahl der Dorfeinwohner hat sich sogar etwas verkleinert. In den kommenden 20 Jahren wird der Rückgang der Landbevölkerung mit weiteren 1,5 Millionen Menschen veranschlagt.

Heute ist die Dorfbevölkerung noch in der Mehrheit (15,7 Millionen verglichen mit 14,3 Millionen Stadtbewohnern). In 20 Jahren wird die Dorfbevölkerung nicht viel mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Das schnelle Wachstum der Stadtbevölkerung erfordert eine noch schnellere Steigerung des Wohnungsbaues. Die heute Wohndichte in den Städten beträgt 1,7 Personen pro Wohnraum. In 20 Jahren soll sie nur 0,9 bis 1,0 betragen, man muß also mehr als 10 Millionen neue Wohnräume schaffen.

Ein wachsender Wohnungsbau ist aber nur eine der Begleiterscheinungen der Verstädterung Polens. Die Landflucht zwingt die Wirtschaftsplaner auch zum beschleunigten Ausbau der Industrie.

Ein anderes Problem der Wirtschaftsplanung für die nächsten zwei Jahrzehnte sind die Veränderungen der Relation der allgemeinen Bevölkerungszahl und der Bevölkerung im Produktionsalter. Während der vergangenen fünf Jahre (1956 - 1960) wuchs die Bevölkerung Polens um 2,2 Millionen. Die Zahl der Bevölkerung im Produktionsalter vergrößerte sich aber nur um 377.000. In den kommenden 5 Jahren (1961-65) wird sich die Gesamtbevölkerung voraussichtlich um 2,1 Millionen vergrößern, der Zuwachs der "Produktionsbevölkerung"

wird aber 947.000 betragen. Während der weiteren drei Jahrfünftel (1966 bis 1970, 1971-75, 1976-1980) wird die Bevölkerung jeweils um 2,2 Millionen wachsen, der Anteil der Bevölkerung im Produktionsalter wird aber 1,6 und 1,9 Millionen betragen.

Diese Entwicklung ist für Polen ökonomisch gesehen sehr günstig, weil die Zahl der wirtschaftlich unproduktiven Bevölkerung immer geringer wird. Es erfordert aber gleichzeitig eine Intensivierung der Investitionen, damit man für alle ins Produktionsalter kommenden Menschen eine Arbeitsstelle hat.

Noch vor wenigen Jahren betrug der Geburtenüberschuß in Polen 18-19,5 Promille. Im Jahre 1960 betrug dieser Überschuß 14,9 und im vergangenen Jahre - 12,8 Promille. Die Schätzung für das Jahr 1980 beträgt 12 Promille und gilt schon heute als zu vorsichtig. Es ist möglich, daß der Überschuß sich der Zahl von 10 Promille nähern wird und damit auf die Vorkriegshöhe herabsinkt.

Verglichen mit den Nachbarländern "DDR" und CSR kann man in Polen immer noch von einer starken Bevölkerungsdynamik sprechen. Wenn man nun die jährlichen Wachstumsraten des Nationaleinkommens in diesen drei Ländern vergleicht (Polen - 7 %; "DDR" - 7,1 %; CSR - 7,2 %) so findet man hier die Bestätigung für die Befürchtung vieler polnischer Volkswirtschaftler, daß nämlich Polen wenig Chancen hat, den Lebensstandard und die Pro-Kopf-Produktion seiner Nachbarländer zu erreichen.

Das relativ hohe Tempo der Industrialisierung (in 20 Jahren soll die industrielle Produktion 5,5 Mal so groß sein wie im Vorjahre) erfordert den Ausbau der Rohstoffbasis. Diese Basis ist wie in allen Ländern Europas (mit Ausnahme der Sowjetunion) beschränkt. Polnischen Geologen glückte in den letzten Jahren eine beachtliche Erweiterung der Rohstoffbasis durch die Entdeckung von Schwefel-, Kupfer-, und neuerlich auch Erdölvorkommen. Das alles reicht aber nicht aus. Polnische Volkswirtschaftler wollen offensichtlich ihr Land nicht allzusehr von den ausländischen Rohstoffimporten abhängig machen, sie scheinen zu fürchten, daß die Besorgung dieser Rohstoffe immer mehr auf Schwierigkeiten stoßen wird. Einerseits wird die Sowjetunion die eigene wirtschaftliche Entwicklung im Zeichen des "Aufbaus des Kommunismus" forcieren und Polen nicht unbegrenzt mit Rohstoffen beliefern können.

Andererseits befürchtet Polen, daß die fortschreitende wirtschaftliche Integrierung des Westens etwaige Rohstoffimporte erschweren wird. Eine jährliche Steigerung der industriellen Produktion um 9-10 % wird nach Ansicht SECOMSKIs nicht leicht aufrechtzuerhalten sein.

Die Landwirtschaft hat solche Probleme nicht, ihre Produktion läßt sich aber aus natürlichen Gründen nur in begrenztem Tempo und nur bis zu gewissen Grenzen steigern. Immerhin beabsichtigt man, diese Produktion während der nächsten 20 Jahre zu verdoppeln. Das bedeutet, daß sie jährlich um 3,5 % wachsen muß. Das Rekordjahr 1960 brachte zwar eine Erhöhung der Produktion um 10 %, es werden aber auch Jahre kommen, die Rückschläge bringen werden. Im Jahre 1980 wird also die Landwirtschaft, wenn sie ihre Planziele erreicht, ungefähr das heutige Niveau der agrarisch hochproduktiven westlichen Länder erreichen.

Der Außenhandel bleibt eines der wichtigsten und schwierigsten Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Polens. Von der Steigerung des polnischen Exports (und es werden immer mehr Erzeugnisse der Schwerindustrie exportiert werden müssen) hängt letzten Endes das Tempo der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ab. Das Hauptgewicht des polnischen Außenhandels liegt auf dem Gebiete des Warenaustausches mit den Ländern des Ostblocks. Der wichtigste Partner ist hier die SU, und Polen muß immer damit rechnen, daß die Handelsbeziehungen zur UdSSR in der Zukunft gewissen Störungen unterliegen können. Es ist nicht sicher, ob dem gesteigerten polnischen Export die Möglichkeiten einer Steigerung der Rohstoff- und Maschinenimporte aus der Sowjetunion entprochen werden. Es wird für Polen schwer sein seinen Export nach dem wirtschaftlich integrierenden Westen zu steigern. Es gibt für die Wirtschaftsplaner in Polen genug Grund zu Sorgen, wenn sie die Zukunft des polnischen Außenhandels betrachten.

2) Erfolge der Landwirtschaft

Die sprunghafte Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion im vorigen Jahre wäre natürlich bei anderen Wetterbedingungen nicht denkbar. Es wäre aber auch nicht gerecht, alle Erfolge der Landwirtschaft in Polen nur der günstigen Witterung des vergangenen Jahres zuzuschreiben. Die "Trybuna Ludu" vom 11. Januar beschäftigt sich mit diesem Problem und kommt zur Ansicht, daß es Wetter und Politik waren, denen man die Erfolge zuschreiben muß.

Die Ernteergebnisse der einzelnen Jahre werden oft durch nicht vorauszu-
sehende Faktoren beeinflusst und sind dadurch schwer vergleichbar. Wenn man
aber die Durchschnittsernten von mehreren Jahren miteinander gleicht, be-
kommt man schon ein objektiveres Bild.

Eine Zusammenstellung der durchschnittlichen Hektarerträge aus den Jahren
1954-57 und 1958-61 beweist deutlich die steigende Tendenz der landwirt-
schaftlichen Produktion. Der Vergleich der entsprechenden Zahlen beträgt
für vier Getreidesorten 13,7 und 16,1 dz; für Kartoffeln - 125 und 133 dz;
für Zuckerrüben - 193 und 227 dz; für Heut 28,9 und 35,8 dz. Während der
Jahre 1955-61 erhöhte sich die Zahl des Rindviehs um 16,7 %, die der Schweine
um 23,4 %.

"Es zeigt sich also, daß die Erhöhung der landwirtschaftlichen Pro-
duktion keineswegs die Sache des letzten Jahres ist. Das letzte Jahr
ist also kein Zufall.. sondern die Fortsetzung einer bestimmten
Entwicklung."

An dem "Wunder" des letzten Jahres waren nach den Worten des Blattes, ent-
scheidend beteiligt "die Erhöhung der in der Landwirtschaft investierten
Summe und die Steigerung der produktiven Aktivität der einzelnen Bauern.
Die wirkliche Ursache des Fortschritts soll man also in der systematisch
verfolgten Agrarpolitik suchen."

Diese Politik kümmert sich, so betonte "Trybuna Ludu", nicht nur um die
Steigerung der Produktion, sondern auch um das gesellschaftliche Leben des
Dorfes. Das Blatt führt folgende Beispiele der sozialen Veränderungen auf dem
Lande an:

"Die landwirtschaftlichen Staatsgüter hören auf eine Last der gesamten
Wirtschaft zu sein und befinden sich auf dem Wege einer langsamen Um-
wandlung in rentabel arbeitende Betriebe. Diese Fortschritte werden bald
für alle Einzelbauern die sozialistischen Arbeitsformen in der Landwirt-
schaft attraktiver machen.

Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erholten sich von
der Krise, die sie vor 6 Jahren durchmachten, festigten sich wirtschaftlich
und erzielten heute die höchsten Hektarerträge in der Landwirtschaft. Auch
ihre Erfolge werden in der Zukunft die Bauern für die sozialistischen
Wirtschaftsformen gewinnen helfen.

Die Bauernzirkel gehören schon zum täglichen Leben der meisten Dörfer und zeigen sich schon heute als eine Vorschule des Sozialismus auf dem Lande."

Aus diesem Artikel des Parteiblattes kann man indirekt herauslesen, daß die Partei den Weg des "unmerklicher" Überganges zum Sozialismus auf dem Lande gewählt hat. Auf diesem Wege konnte sie schöne Erfolge sammeln, die Befürchtung liegt aber nahe, daß diese Erfolge in dem Augenblick aufhören, wo der Übergang nicht mehr unbemerkt bleibt.

3) Wohnungsbau in Warschau

Vor 17 Jahren begann der Wiederaufbau der polnischen Hauptstadt nach den beispiellosen Zerstörungen des letzten Krieges. Während dieser Jahre wurden 550.000 Wohnräume, 250 Schulen, ca. 15 Millionen Kubikmeter industrieller Gebäude, und 1000 km Straßen gebaut. In der gleichen Zeit wuchs die Bevölkerung Warschaus um 1 Million: Von 150.000 auf 1.150.000 Einwohner.

In den kommenden Jahren sollen ca. 500.000 neue Einwohner und mindestens 650.000 Wohnräume hinzukommen. Die Industrie wird aber nicht im entsprechendem Tempo ausgebaut, man will im Gegenteil eine Anzahl von bestehenden Produktionsbetrieben in die Randgebiete der Stadt verlegen, wo auch neue Werke entstehen sollen.

4) Rekordproduktion von Zucker

Die außergewöhnlich große Zuckerrübenernte des vergangenen Jahres (277 dz pro Hektar) ermöglichte den Zuckerfabriken in Polen zum ersten Male, 1.508.000 Tonnen Zucker zu produzieren, was den Planzielen für das Jahr 1965 entspricht.

Die Verarbeitung der Zuckerrüben dauerte aber viel zu lange (über vier Monate). Durch die zu lange Lagerung der Zuckerrüben sind mehrere Zehntausend Tonnen Zucker verloren gegangen. Die Fabriken konnten eine so große Menge Rüben nicht schnell genug verarbeiten, außerdem erwies sich (wie in den vergangenen Jahren) die Transportorganisation als mangelhaft. Obwohl man in diesem Jahr über 500 Millionen Zloty in den Ausbau und die Modernisierung der Zuckerindustrie investieren will, wird die Verarbeitungskapazität der Zuckerfabriken noch längere Zeit unzureichend bleiben.

5) Dezentralisierung im Staatshaushalt

Der Staatshaushalt in Polen besteht aus zwei Teilen: Aus einem zentralen und aus örtlichen Haushalten. Aus dem zentralen Budget werden z.B. die Schlüsselindustrien, Verteidigung, soziale Versicherung und der größte Teil der Verwaltungsausgaben finanziert.

Die Ausgaben für Schulen, Wissenschaft und Kultur werden nur zu einem Drittel aus dem Zentralbudget finanziert; die für Gesundheitswesen, soziale Wohlfahrt, körperliche Erziehung nur zu einem Viertel.

Der Anteil der örtlichen Budgets an dem Staatshaushalt beträgt ein Viertel. Das Bezieht sich auf die Ausgaben. Die eigenen Einnahmen der Nationalräte (Organe der örtlichen Verwaltung) decken diese Ausgaben nur zur Hälfte. Die Differenz wird von der Zentralkasse beglichen.

Das Defizit der örtlichen Haushalte wurde also vom Staat gedeckt. In der Zukunft soll sich das ändern, indem man die Nationalräte an einigen Einnahmen, die bisher ausschliesslich in die Zentralkasse geflossen sind, partizipieren läßt. Diese Maßnahme kann manchem als eine simple buchhalterische Änderung erscheinen. In Wirklichkeit bezweckt sie aber etwas mehr: Nämlich den Organen der örtlichen Verwaltung ein Gefühl der Unabhängigkeit gegenüber der Zentrale zu geben. Aus einem Bevormundeten soll ein Teilhaber werden.

Die Nationalräte sollen beispielsweise an der Umsatzsteuer der Betriebe beteiligt werden. Dadurch will man noch ein anderes Ziel erreichen: Die Ortsverwaltung soll an der Entwicklung der Ortsindustrie finanziell interessiert werden. Je mehr solche Betriebe errichtet werden und je mehr sie produzieren, um so größer werden die Einnahmen der Nationalräte sein.

III. Verschiedenes

1) Ein Löffel Teer...

Ein altes polnisches Sprichwort sagt, daß ein Löffel Teer ein ganzes Faß Honig verderben kann. Auf dieses Sprichwort spielte die parteiamtliche "Trybuna Ludu" vom 7. Januar an, als sie über die vielen kleinen und lästigen Mängel sprach, die das tägliche Leben sauer machen.

"Es gibt keine 'objektiven' und zwingenden Gründe, warum ein Land das Elektronengehirne, Großturbinen und Ozeanschiffe baut, auf die ausreichende Produktion von Zahnpasta, Teegläsern (Tee wird in Polen aus Gläsern getrunken) oder Toilettenpapier verzichten muß."

"Es gab Zeiten, in denen wir wirklich nicht imstande waren, alles auf einmal herzustellen und alle Bedürfnisse zu befriedigen. Dann kamen Zeiten, in denen wir die wirklichen Gründe des Mangels durch mehr oder weniger gute Phraseologie zu vertuschen suchten. Jetzt, 17 Jahre nach dem Kriege, 5 Jahre nach einer entscheidenden Umschwung stehen wir nicht mehr vor dem Dilemma: Entweder Nowa Huta (größtes Eisenhüttenkombinat) zu bauen oder gute Hosen zu nähen...

Und im übrigen, was nützen einem die besten Hosen, wenn man keine Knöpfe dazu bekommen kann? Unnötig hat man dann die Schafe geschoren und die Wolle transportiert, unnötig arbeitete der Textilarbeiter und unnötig bemühte sich der Groß- und Einzelhandel. Ich bin sicher, daß wir uns nun wirklich mit der Knopffrage befassen müssen...

Und die kleinen Mängel... machen die großen Errungenschaften zunichte... sind der Löffel Teer, der ein ganzes Faß Honig vergiftet."

2) Polen auf den Reisen

"Trybuna Ludu" vom 28. Januar befaßt sich mit dem Reiseverkehr: Trotz der Spaltung der Welt in verschiedene Machtblöcke, trotz der gegenseitigen Paß- und Visumsrestriktionen in der geteilten Welt reisen die Polen heute viel mehr ins Ausland als vor dem Kriege.

Zur Untermauerung dieser Behauptung beruft sich die Zeitung auf die amtlichen Zahlen: Die höchste Zahl der Auslandsreisenden vor dem Kriege reichte nicht einmal an 70.000 Personen. Im Jahre 1960 dagegen fahren 170.000 Polen ins Ausland, Dabei wird noch darauf hingewiesen, daß in den Jahren 1957 und 1958

diese Zahl noch höher lag. In den folgenden zwei Jahren sank sie und zeigt nun wieder eine leicht steigende Tendenz.

Das kommunistische Blatt folgert:

"In den letzten fünf Jahren reisten also mindestens dreimal so viel Polen ins Ausland, als in den Vorkriegsjahren."

"Trybuna Ludu" geht aber an zwei Tatsachen vorbei: Die Mehrzahl der polnischen Auslandsreisenden fährt in die Länder des Ostblocks (über 80 %), was von den meisten nicht als "vollwertige" Auslandsreise empfunden wird; die Nachkriegszeit brachte eine unerhörte Steigerung der Auslandsreisen in der ganzen Welt. In Westeuropa gibt es Länder, die eine 10-fache Steigerung der Auslandsreisen (und noch mehr) verzeichnen können. Die Steigerung der polnischen Auslandsreisen erscheint im Vergleich dazu unerheblich. Man muß dabei noch berücksichtigen, daß mehr als die Hälfte der polnischen Reisen ins Ausland nicht der Touristik oder sonst üblichen Zielen diene, sondern gewissermaßen noch Überbleibsel des Krieges sind. Infolge des Krieges und der fremden Besatzung Polens gibt es einige Hunderttausend Polen, die ins Ausland geraten und dort geblieben sind. Fast jeder dieser Exil-Polen, die hauptsächlich in England, Frankreich und Amerika leben, hat in Polen Angehörige. Lange Zeit konnte weder er sie besuchen, noch von seinen Angehörigen besucht werden. Der Oktober 1956 brachte hier eine Wendung. Viele Polen besuchten ihre Angehörigen im Ausland und kehrten mit wenigen Ausnahmen wieder in ihre Heimat zurück.

Dieser Strom der Besucher von Familienmitgliedern, die im Westen wohnen, wird aber immer kleiner. In den letzten drei Jahren verminderte sich ihre Zahl ständig (23, 20, und 18.000).

("Trybuna Ludu" warnt aber vor dem falschen Schluß, daß die polnischen Behörden diesen Besucherstrom bremsen. Vielmehr wirkt sich hier, nach Ansicht des kommunistischen Blattes, die Tatsache aus, daß manche im Westen lebende Exilpolen die Finanzierung eines Besuches aus der Heimat nicht tragen können. Andere ziehen es woeder vor, ihre Angehörigen in Polen zu besuchen, um dabei ein Wiedersehen mit der alten Heimat feiern zu können.